

Oberschlesische Post

Organ der
Oberschlesischen Volkspartei

Die „Oberschlesische Post“ erscheint jeden Morgen mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. Der Bezugspreis beträgt 5 Mk. monatlich (bei ins Haus, bei der Post 15 Mk. vierteljährlich, hierzu die Postgebühren. Unter Streifenband bezogen Mk. 8.00 monatlich.

Der Insertionspreis beträgt für die 7 mal gespaltene Zeile über deren Raum 1.50 Mk. Die Reklamzeile kostet 5 Mk. Inseratenaufnahme für die nächste Nummer bis 4 Uhr nachmittags. Abdruck- und Erfüllungsort Gleiwitz.

Einzelpreis 50 Pfg.

Einzelpreis 50 Pfg.

Redaktion, Anzeigenannahme und Expedition Gleiwitz, Niedermühlstr. 6, Fernsprecher Nr. 270. Verlag der „Oberschlesischen Post“ G. m. b. H. Verantwortlich für die Redaktion Georg Klimek, Gleiwitz.

Nr. 68.

Gleiwitz, Mittwoch, den 25. März 1921

2. Jahrg.

Die Verbreiterung des poln. Abstimmungserfolges.

401902 polnische gegen 376771 deutsche Stimmen.

Darin 520 Gemeinden für Polen und nur 135 für Deutschland!

Wir haben gestern das Stimmresultat im Industriebezirk und in den angrenzenden Kreisen dargestellt. Wir können es heute durch die Hinzunahme des Kreises Lublinitz erweitern.

Dieser für Polen nicht allzu günstige Kreis vervollständigt das siegreiche Ergebnis in dem östlichen Gebietkomplex.

Statistisch stellt sich das Bild von den Kreisen:

Beuthen Land, Beuthen Stadt, Gr.-Strehlitz, Rattowik Stadt, Rattowik Land, Pleß, Gleiwitz Stadt, Gleiwitz Land, Jabrze, Rybnitz, Königshütte und Lublinitz folgendermaßen dar:

Stimmen		Gemeinden	
Polnische	Deutsche	Polnische	Deutsche
401 902	376 771	520	135
In Prozenten: 52%	In Prozenten: 48%	In Prozenten: 80%	In Prozenten: 20%

Aus obigen Ziffern geht hervor, daß in dem durch diese Kreise bestimmten Komplex, die polnische Mehrheit unbestreitbar ist.

Hinzufügen könnte man noch Einzelheiten aus dem Kreise Ratibor.

Auf dem rechten Oberufer (auch für dieses liegen genaue Ziffern noch nicht vor) stimmten 31 Gemeinden für Polen und 6 für Deutschland.

Das Allgemeinresultat der in einem Block zusammenhängenden Kreise unter Hinzunahme des rechten Oberufers in Ratibor stellt sich bezüglich der Gemeinden folgendermaßen dar:

551 für Polen,
141 für Deutschland.

Hinzu kommt noch eine gewisse Anzahl Gemeinden des Kreises Kosel auf dem rechten Oberufer, und des Kreises Rosenbergr, in welchem die poln. Stimmen die Mehrheit hatten.

Aus dem Kreise Oppeln, dem linken Oberufer, von Kosel und Ratibor fehlen genaue Resultate noch.

Nach ergänzenden Meldungen lautet das Resultat im Kreise Rybnitz:

52473 für Polen,
27976 für Deutschland,
104 Gemeinden polnisch und 11 deutsch.

Nach der Abstimmung.

Die Schlacht ist geschlagen. Herstiebt und zerstoßen sind die deutschen Hoffnungen. Oberschlesien, in dessen Bereich der Industriebezirk, dem besonders das Abstimmungsergebnis galt, hat bewiesen, daß er polnisch ist und daß er seinen Anschluß an Polen sucht. Von vornherein steht fest, daß die überwiegende Mehrheit der Landgemeinden des Industriebezirks sich für Polen erklärt hat. Das Abstimmungsergebnis der Städte war in der Form, wie es erfolgte, klar vorauszusehen. Es ist ein großer Unfug, das Zahlenverhältnis der beiderseitigen Resultate von Gesamtoberschlesien zur Grundlage eines Urteils zu machen. Die Bewertung der Wahlergebnisse muß lediglich nach den Kreisen und zwar nach dem prozentualen Verhältnis der Gemeinden beurteilt werden.

Ausgrund dessen ergibt es sich, daß in allen Industriebezirken eine absolute polnische Mehrheit der Landgemeinden für Polen besteht. In vier Kreisen ist die Stimmenmehrheit der Landgemeinden im Verhältnis zum Resultat der Kreisstädte, daß sogar die polnische Gesamtstimmzahl die deutschen überwiegt. Diese Kreise sind Pleß, Rybnitz, Tarnowitz, Groß-Strehlitz. In Beuthen, Rattowik, und Hindenburg teilen sich die beiden Parteien fast um Haarsbreite in die Gesamtstimmzahl der Stadt- und Landkreise.

Seben drängt sich nun die Frage auf, wem werden nun die Kreise zugesprochen. Unseres Erachtens kann kein Zweifel darüber obwalten, daß die Kreise Polen zufallen werden, da nach dem Friedensvertrage die Majorität der Gemeinden allein ausschlaggebend ist. Stellen doch die Landgemeinden in ganz besonderer Weise das ober-schlesische Volk dar, während die Städte mit ihrer fluktuierenden Bevölkerung und der vorwiegend unpolnischen Bevölkerung in den letzten Jahren der industriellen Entwicklung und ihrer Hochkonjunktur nur einen kleinen Prozentsatz altangelegener Bevölkerung von Ur-Ur-großväterlichen Werten her aufweisen.

Vor allem, und das ist der springende Punkt, hat es die Fluktuation der ober-schlesischen Stadtbevölkerung mit sich gebracht, daß so viele sogenannte Reichsober-schlesier oder Emigranten als Abstimmungsbedürftige sich einfanden. Deswegen weisen gerade die Städte einen hohen Prozentsatz von Abstimmenden der Kategorie C, d. h. solcher, die hier seit 14 Jahren ansässig sind, auf. Die Emigrantenabstimmung bleibt ein himmelschreiendes Unrecht gegenüber der einheimischen Bevölkerung.

Wie kommen denn fremde Menschen dazu, die Oberschlesien für immer den Rücken gekehrt haben, mit ihm nichts gemein haben, und froh sind, daß sie es wieder nach kurzem Abstimmungsaußenhalt gleichsam mit einem verächtlichen Blick auf Land und Leute verlassen. Wir fordern daher, daß die Hunderttausendtausend Emigrantenkämpfer dementsprechend bewertet werden.

Wenn wir des weiteren den riesigen deutschen Agitationapparat, ihre strahlende Propagandaaktivität, den Mißbrauch der ausschließlich in deutschen Händen liegenden Druckgewalt zur Beeinflussung der Abstimmung, alle deutschen Fälschungs- und Einschüchterungsversuche, alle deutschen Betrugsmethoden und den grenzenlosen deutschen Terror in Betracht ziehen, müssen wir konstatieren, daß unser Abstimmungserfolg glänzend ist. Wir hinderten doch die Deutschen mit großem Tamtam, daß sie im Industriebezirk eine 80prozentige Mehrheit erzielen werden.

Indessen beträgt trotz Teilnahme der Emigranten und der vorher erwähnten Gewalt und Propaganda die Stimmenanzahl einschließlich der Städte im Industriebezirk kaum 48 Prozent. Da die poln. Majorität der Landgemeinden mit 83 Prozent ist, veranlaßt überaus wägenhaft, daß kein Oberschlesier um Oberschlesiens Zukunft zu bangen braucht.

Schon heute können wir uns als freie Bürger der Republik Polens fühlen.

Sonnabend Entscheidung?

Paris, 21. März. Der Pariser „Journal“ meldet: General Le Rond hat dem alliierten Rat seinen Bericht über die ober-schlesische Abstimmung bis Donnerstag angekündigt. Ob die Entscheidung der Alliierten noch am Sonnabend erfolgen kann, hängt von dem Inhalt des Le Rond'schen Berichtes ab.

Die Alliierten nicht an das Wahlergebnis gebunden.

Paris, 21. März. Das „Journal des Debats“ hat Briand über die ober-schlesischen Wahlergebnisse befragt und die Antwort bekommen, daß die Interalliierte Kommission in Oppeln die Begutachtung der Wahl auszusprechen habe, bevor die Alliierten sich damit befassen. Die Alliierten seien nicht an das Wahlergebnis gebunden, wenn sie auch eine gerechte Würdigung der abgegebenen Stimmen der Oberschlesier vorzunehmen entschlossen seien.

Große deutsche Waffenfunde.

Rybnitz, 22. März. Heute wurde in der Urkammer des Gerberet eine Revision vorgenommen und hierbei 11 Parabolrevolver gefunden.

Eine an die Adresse des Spektors Werner gerichtete Sendung enthielt 2 Maschinengewehre, gestern abend wurden auf dem Bahnhof 3 Fässer, adressiert an Viktor Proffe, angehalten, deren Inhalt als Schmalz, Kreide und Seer deklariert war; in Wirklichkeit aber enthielten diese Fässer 3 Maschinengewehre.

(Wenn die Deutschen so siegesbewußt sind, wozu lassen sie dann so stark. Die U. R. wird die verheerenden Pläne der deutschen Stoßtrupp- und Orgeschwadern schon zu durchkreuzen wissen. D. Red.).

Unerhörter deutscher Terror.

Rybnitz, 22. März. Wie uns gemeldet wird, gebärden sich die deutschen Stoßtrupp angehörigen der schweren deutschen Niederlage bestialisch wild. Sie überfallen die Polen, mißhandeln sie und bedrohen alle polnisch Gesinneten mit dem Tode.

Wie lange soll dieses Verbrechertreiben der deutschen Stoßtrupp in Oberschlesien noch andauern!

Die Bedingungen des russisch-polnischen Friedensvertrages.

Warschau, Der in Riga am Freitag unterzeichnete russisch-polnische Friede heißt nach den amtlichen Meldungen Friede zwischen Polen und den Räterepubliken Rußlands, Weißrußlands und der Ukraine. Die wichtigsten Bestimmungen des 28 Artikel umfassenden Friedensvertrages sind folgende:

Beide Staaten verzichten auf Ersatz von Kriegskosten und Kriegsschadlung, verzichten ferner gegenseitig Agitation und Unterstützung Aufständischer, sowie Organisationen, die sich gegen die Regierung des Landes richten. Ebenso wird gegenseitig Nichtteilnahme in Angelegenheiten der Vertragspartner garantiert. Über den Gefangenenaustausch treten die bereits abgeschlossenen Spezialverträge in Kraft. Weitere Bestimmungen regeln die Grenzfrage für politische und andere Zwecke. Besonders wird zum Ausdruck gebracht, daß Todesstrafen gegen Bürger des anderen Staates nicht mehr angewandt werden dürfen. Die Grenzziehung ist für Polen etwas günstiger geworden, als in den Präliminarien vorgesehen war, noch etwa 3000 Quadratkilometer sind hinzugekommen. Von besonderer Wichtigkeit ist die beiderseitige Anerkennung der Ukraine und der weiß-russischen Republik. Demzufolge steht die neue Grenze keine Grenze zwischen Polen und Rußland, sondern zwischen Polen und Weißrußland bzw. der Ukraine dar. Die Grenze verläuft von der alten Gouvernementsgrenze der Gouvernements Wilna bislich Dikna. Weiter sei hervorgehoben, daß Rußland und Mittel Ost am Dniepr, an diesem auswärts bis auf Einmischung in den litauisch-polnischen Streit verzichtet. Die Polen erhalten den Goldschatz der zaristischen Regierung Rußlands in Höhe von 30 Millionen Rubel. Die Ratifikationsurkunden des Vertrages sollen am 12. April in Minsk ausgetauscht werden. Die Verhandlungen über diplomatische Beziehungen und Handelsverträge werden baldigst abgeschlossen.

Die polnische Mark.

Der Kurs der polnischen Mark betrug am 22. März: Kauf: 11,00, Verkauf: 12,10 Pfg.

Das hat uns im Kampfe beigefunden und uns den Sieg der gerechten polnischen Sache verschaffen. Das ist das, was wir auf unsere treuen Oberschlesier, die so mannhaft und unentwegt für unsere gemeinliche Sache eingetreten sind und unter schweren Opfern an Leib und Blut während des deutschen Terrors den Sieg an unsere Fahnen geheftet haben.

Ein freies polnisches Oberschlesien wird Ihnen stets Dank dafür wissen. Noch ist ja noch das letzte Wort über Oberschlesien nicht gesprochen. Beim Obersten Rat in Paris liegt die endgültige Entscheidung. Der berechneten Sprache der Resultate, wie wir sie heute veröffentlichen, wird sich kein Staat verschließen können. Nach Maßgabe des Friedensvertrages, der eine Majorität der Gemeinden über die Zugehörigkeit Oberschlesiens entscheiden läßt, muß der Oberste Rat Oberschlesien der Republik Polen zuerkennen.

Doch heute sind wir uns schon darüber im Klaren, daß der Deutsche mit seiner weltberühmten Hinterlist, Fäulnis und seiner Intriguenmeisterhaft alle Hebel in Bewegung setzen wird, um den polnischen Sieg in Oberschlesien zu verkleinern oder illusorisch zu machen. Note auf Note, Protest auf Protest wird die deutsche Regierung nach Paris jagen, um noch mit Hilfe der Lüge und Verleumdung retten zu wollen, was nicht mehr zu retten ist.

Doch wir haben zu den Interalliierten Mächten das feste Vertrauen, daß sie, wie das Recht es erfordert, uns Polen zusprechen.

Einen Rußhandel mit sich treiben zu lassen, würde das obereschlesische Volk nicht mehr ruhig hinnehmen.

Um die paar Städte des engeren Industriebezirks, die eine größere Zahl deutscher Stimmen aufweisen, legt sich ein eiserner Ring gewaltiger polnischer Stimmenmehrheiten nicht nur der Landkreise des engeren Industriebezirks, sondern vor allem auch in den Kreisen Tarnowitz, Pleß, Rybnik, Landkreis Gleiwitz und Groß-Strehlitz, so daß der Wahl der deutschen Stimmen von 376 771 die Majorität der polnischen Stimmen in Höhe von 401 902 gegenübersteht. Selbst wenn der Friedensvertrag keine gemeinbeweise Abstimmung vorgesehen hätte, müßten die Kreise Beuthen Stadt und Land, Rattowitz Stadt und Land, Gleiwitz Stadt und Land, Zabrze, Rybnik, Pleß, Tarnowitz und Groß-Strehlitz zu Polen kommen. Wenn aber die im Friedensvertrag vorgesehene Gemeinbeweise in Betracht zieht, dann ist das Resultat für Deutschland direkt niederträchtig, denn den 135 deutschstimmenden Gemeinden obiger Kreise steht die gewaltige Zahl von 520 polnischstimmenden Gemeinden gegenüber.

Wer hat polnisch gestimmt und wer deutsch?

Zur Bewertung des Abstimmungsresultates.

Je näher man sich die Abstimmungsergebnisse betrachtet, desto deutlicher stellt man die Größe des polnischen Sieges und desto offener wird der überwiegend polnische Charakter Oberschlesiens.

Man bedenke: Aus was für Wählern setzen sich die großen polnischen Mehrheiten in den wichtigsten Landkreisen zusammen? Aus lauter Männern und Frauen aus dem Volke. Aus Arbeitern, Landwirten, Bauern; hier haben wir aber im wahren Sinne des Wortes das obereschlesische Volk vor uns.

Und wer hat in den Städten für Deutschland gestimmt? Jugewanderte Beamte, Kaufleute, Großindustrielle und sonstige Werkzeuge der Germanisierungspolitik Preußens. Also alles Wähler, die mit dem obereschlesischen Volke nichts gemein haben. Und wer hat noch für Deutschland gestimmt? 200 000 Emigranten, von denen die meisten von Oberschlesien keine Ahnung haben, lauter landfremde Elemente, die gewaltsam nach Oberschlesien getrieben, auf ein oder zwei Tage zu uns kamen, um auf Befehl der „Heilmattreuen“ und somit der preussischen Regierung, über ein Land mitzuentfenden, welches sie meistens nur vom Hörensagen kennen!

Um sich die Größe des polnischen Sieges zu vergegenwärtigen, bedenke man noch folgendes: Von den 2 Millionen zählenden obereschlesischen Bevölkerung haben (ohne Emigranten) etwa 900 000 Wähler abgestimmt, von diesen entfallen ungefähr die gleiche Teile für Polen und für Deutschland. Man bedenke die gleichen Teile, trotzdem doch der Kreis Kreuzburg nur einen geringen Prozentsatz Polen aufweist, ja im Kreise Beuthen (der ja bekanntlich an die Tschecho-Slowaken fallen soll) von einer rein-deutschen Bevölkerung die Rede sein muß, und wo doch die Städte, wie bereits erwähnt, als hauptsächlich Germanisierungszentren meist überwiegend deutsch sind und größtenteils von Deutschen bewohnt wird, die aus dem Relche stammen!

Und noch ein wichtiger Umstand darf nicht übersehen werden: von den 11hunderttausend Bewohnern Oberschlesiens, die nicht abstimmungsberechtigt waren, entfallen mindestens 700—750 Tausend auf die Landkreise. Die Zahl der nichtstimmenden Jugend ist in den Landkreisen mindestens doppelt so groß wie die in den Städten. Wenn also in den Landkreisen die überwiegende Mehrheit für Polen gestimmt hat, so tat sie dies nicht nur für sich, sondern in erster Linie für ihre Kinder. Wir sehen, daß also danach mindestens zwei Drittel der obereschles. Bevölkerung für Polen fühlt und zu Polen will. Und das wird auch die Entente sehen und danach ihre Entscheidung treffen, auch wenn das Geschrei der alldeutschen Presse noch so groß sein wird.

Das Ergebnis der Abstimmung ist ein so glänzender Beweis, wie überwiegend die polnische Bevölkerung Oberschlesiens ist, daß ein **Endscheid** dem Obersten Rat nicht schwer fallen wird.

Deutscher Stimmenlauf.

Wie uns von vielen Seiten gemeldet wird, haben die Deutschen versucht, durch Stimmenlauf ihre Wahlchancen zu verbessern. Wie besonders in einzelnen Gemeinden des Kreises Zabrze festgestellt wurde, haben Frauen der sogenannten besseren Schichten, Lehrer und Verwaltungsbeamte, alte Rentnempänger am Tage vor der Wahl durch Geld (angeblich sollen jedem Rentnempänger 100 Mark gezahlt worden sein) und Lebensmittel zur Abgabe des deutschen Stimmzettels veranlaßt.

Die poln. Valuta steigt in Berlin gute außerordentlich feste Tendenz.

Berlin, 22. März. Die „Vossische Zeitung“ meldet von der Berliner Börse am Montag wörtlich folgendes:

„Die polnische Valuta lag, wie schon erwähnt, außerordentlich fest. Kosciuszkonoten, die am Sonnabend mit 8,30 geschlossen hatten, setzten heute mit 9,10 ein, um sprunghaft auf 9,50 a 10 anzusteigen.“

So meldet wörtlich die „Vossische Zeitung.“ Heute steht die polnische Mark noch höher. Man vergleiche obige Meldung mit der Schwindelmeldung des „Wanderer“ einen Tag vor der Abstimmung, der die eintägige deutsche Schwindelmeldung von der Schließung der Warschauer Börse brachte.

Es sind leider Tausende braver Oberschlesier diesen deutschen Schwindelmeldungen zum Opfer gefallen, denn es hagelte ja förmlich Schwindel in den deutschen Blättern.

Die deutsche Taktik nach der Abstimmung.

Das Abstimmungsresultat ist den Deutschen fast auf die Nerven gefallen. Man versucht nun deutscherseits durch allerlei Manöver die polnische Stimmenmehrheit im Industriegebiet zu ignorieren und falsch zu interpretieren. Die „Vossische Zeitung“ bringt es fertig, nach dem glänzend erbrachten Beweis, daß das obereschlesische Volk polnisch ist, eine Nationalitätenfrage in Oberschlesien zu leugnen und faselt von einer sozialen Frage. Bestände in Oberschlesien nur eine soziale Frage, so hätte die doch ihren erlaubtesten Ausdruck in den feinerzeitigen Revolutionswirren und dem damaligen Resultat der Reichstagswahlen gefunden. Wie sich die „Oberschles. Volksstimme“ aber noch erinnern wird, vermochten die sozialistischen Parteien nur einen Bruchteil der Mandate zu erobern. Nicht aus sozialer Opposition wählte das obereschlesische Volk polnisch, sondern weil es polnisch denkt u. fühlt.

Wenn die „Vossische Zeitung“ des weiteren der Ansicht ist, daß wir versuchen werden, einen Teil des obereschles. Landes zu bekommen, so verrät sie damit eine gewisse Unsicherheit in ihrem so stolzen Siegesbewußtsein. Es stimmt, wir werden das Centralredier und die angrenzenden Kreise, in denen wir eine 81proz. Gemeinbeweise und eine 52prozentige Stimmenmehrheit haben, für uns fordern, ohne zu befürchten, daß durch eine Teilung von Gesamtoberschlesien für unsere Heimat irgendwelche katastrophale Wirkungen eintreten könnten.

Gerade Oberschlesien zerfällt so sichtbar in zwei wirtschaftlich verschiedene Teile, daß einer unabhängig vom anderen ohne ökonomische Nachwirkungen existieren kann. Schon eine Eisenbahnfahrt durch Oberschlesien führt einen darüber auf, daß der westliche Teil agrarisch und der östliche und südliche industriewirtschaftlich ist. Da nun einmal die Abstimmung gezeigt hat, daß das Centralredier und die angrenzenden Kreise in ihrer Mehrheit sich für Polen erklärt haben, so kann auch der Oberste Rat nicht darüber hinweg, dieses Gebiet den Polen zuzusprechen. Die Bewohner des agrarischen Teils von Oberschlesien waren ja über ihr Los genügend unterrichtet, für den Fall, daß sie durch die deutsche skrupellose Propaganda irreführt und dem brutalen deutschen Terror nachgebend, für Deutschland votieren würden. Das Industriegebiet benötigt bei einem Anschluß an Polen dieses landwirtschaftlichen Teiles nicht, da Polen, bisher überwiegend Agrarstaat, die Versorgung von Industrieoberschlesien mit landwirtschaftlichen Produkten auszuführen imstande ist. Andererseits ist aber auch der landwirtschaftliche Teil von Oberschlesien als selbständiger Teil ökonomisch denkbar, da er für seine Produkte hinreichenden Absatz in Deutschland findet. Als eine unerhörte Unmahnung muß es bezeichnet werden, daß die Deutschen mit dem Unteilbarkeitsbluff rein polnische Gebiete annektieren wollen. Das „unteilbare Oberschlesien“ so lautet jetzt ihre taktische Maxime, um durch diese Fiktion bei der Entente zu erreichen, daß man das ganze obereschlesische Gebiet bei Deutschland behält. Eine derartige Taktik kann den Hirnen der freien Deutonen entspringen. Wundern muß man sich weiter über die deutsche Unverfrorenheit, von einer polnischen Minderheit in Oberschlesien zu sprechen und zu schreiben. Denn bei näherem Zusehen schrumpfen die ganz minimalen deutschen Stimmenmehrheiten in den Bezirken Beuthen, Rattowitz, Zabrze und Gleiwitz nach Abzug der Emigrantestimmen vorant, daß sich eine große polnische Mehrheit auch in diesen Kreisen ergibt.

So viel muß jedem einleuchten, daß der künftigen Regierungsgewalt nur die einheimische Bevölkerung unterworfen bleibt und diese ist, da hierbei die Emigranten doch gar nicht in Betracht kommen, überwiegend polnisch.

Um das zu zeigen wollen wir noch auf eine andere deutsche Maxime eingehen, die auf eine Verkleinerung der Bedeutung des polnischen Wahlsieges abzielt. Mit allerlei Künften errechneten sich die Deutschen eine Majorität von 60 Prozent in Gesamtoberschlesien und wagen es

wagen, von einer Zweidrittel-Mehrheit zu reden, die nach dem Wahle tatsächlich 60 Prozent betragen würde. Wir sind der festen Überzeugung, daß all die deutschen Fälschungsversuche und Fälschungsversuche in der Betracht der tatsächlichen polnischen Majorität im Centralredier und den anschließenden Kreisen ohne alle Wirkung bleiben werden und der Oberste Rat nicht ungenutzt können, die erwähnten Gebiete Polen zuzusprechen.

Wahlanfechtungs-lügen der Deutschen.

Da die Deutschen bei der Abstimmung so wenig Glück hatten und die 80prozentige Mehrheit in Oberschlesien, besonders im Industriebezirk, ihnen versagt blieb, versuchen nach berühmter deutscher Kampfesweise Wahlanfechtungsgründe zu erlangen. Sie fabeln vom polnischen Terror in den einzelnen Kreisen und erklären Wahlanfechtungen in verschiedenen Gemeinden. So erzählten die deutschen Zeitungen, daß in Radzionkau nur poln. Stimmzettel abgegeben wurden.

Die „Morgenpost“ ist durch eine Berichtigung des dortigen Ausschusses aber schon zum Widerruf dieser Fälschmeldung gezwungen worden. Die „Vossische Zeitung“ träumt in ihrer gestrigen Ausgabe von gewaltigen Terrorakten. Aus Niepaschitz weiß sie zu berichten, daß ein Deutscher namens Helbig, erschossen und ein Lehrer namens Klose schwer verletzt wurde. Daß aber die beiden Stößtruppgehaltn nicht nach Niepaschitz gehörten, und einen Waffentransport begleiteten, verschweigt sie. Desgleichen, daß sie dem Apodemanten auf seinen Anruf nicht Folge leisteten, sondern mit ihrem Wagen davonfahren wollten, weshalb sie beschossen wurden. Erst im Dorfe wurden sie von der Bevölkerung angehalten. Der Terror in Oberschlesien wird nicht von den Polen ausgeht, er geht einzig und allein von deutscher Seite aus. Die Polen befinden sich lediglich in der Abwehr, denn es kann niemand verlangen, daß sie sich von den Stößtrupps und Ortschaftbanditen riskieren und tötschlagen lassen. Nicht nur durch körperlichen Terror wurden deutscherseits die Polen am Abstimmungstage an der Wahl behindert, sondern auch durch moralischen seitens deutscher Vorgesetzter.

Diesem Umstand ist es zuzuschreiben, daß viele Stimmberochigte nicht für Polen zu stimmen wagten. Es ist doch komisch, zu lesen, daß bisher nur immer den Deutschen Unrecht geschehen ist, die doch alle so unschuldsvolle Engel sind.

Poincaré über die barbarische Kriegsführung Deutschlands.

Paris, 21. März. In einer Eingabe, die Poincaré an Kriegsteilnehmer hielt, erklärte er u. a.: Diejenigen, die Frankreich retteten, dürfen nicht vergessen oder vernachlässigt werden. Ihre Rechte müssen gewahrt werden. Ihre Gebühren regelmäßig bezahlt und offene Stellen müssen ihnen vorbehalten werden. Damit aber Frankreich in der Lage sei, sich dieser Verpflichtungen fortlaufend zu entledigen, muß es selbst dem besiegten Deutschland gerecht erscheinen. Wenn man fordere, die Uebel wieder gut zu machen, die es angerichtet hat, sei man weder von Haß noch Rache erfüllt. Man solle bloß den Schrei des Bewußtseins der Menschlichkeit aus. Poincaré kritisiert dann die Kriegsführung Deutschlands mit den heftigsten Worten und behauptete, daß weder Oesterreich noch Bulgarien noch die Türkei sich im Laufe der Feindseligkeiten so betragen hätten wie preussische und sächsische Regimenter, die wehrlose Bürger erschossen, Dörfer anzündeten und Brunnen vergifteten. Wenn Deutschland sich seiner Verpflichtung entziehen wolle, so sei man verpflichtet, daran zu erinnern, daß die Alliierten das Recht und die Macht für sich haben.

Unerschämte Hebe der „Volksstimme“ auch nach dem polnischen Abstimmungsresultate.

Unter den Weisheitsergüssen der „Volksstimme“, die sich trotz des Ergebnisses das Lügen, Heben und Irrföhren noch lange nicht abgewöhnt hat, befindet sich folgende Stelle:

„Es besteht aller Grund, zu verlangen, daß die polnische Minderheit (!) in Oberschlesien ebenso behandelt wird, wie man eine ebit. deutsche Minderheit behandelt hätte.“

Abgesehen davon, daß dieses Lügenblatt durch die Vorkasung von einer „politischen Minderheit in Oberschlesien“ ihren mächtig enttäuschten Lesern noch immer die Tatsache verbergen will, daß die wichtigsten Kreise eine gewaltige Mehrheit für Polen aufweisen, „berlangt“ die „Volksstimme“ (hebt schon!) daß die polnische Bevölkerung desjenigen Teiles Oberschlesiens der eine deutsche Mehrheit aufweist, so behandelt wird, wie „man eine eventl. deutsche Minderheit behandelt hätte“, b. h. natürlich deutlicher gesagt, ihr müßt die Polen so behandeln, wie wir (d. Volksstimme) auch die Behandlung der deutschen Minderheiten durch die Polen geschildert und vorausgesagt haben . . .“

Die armen „Volksstimmenleser“, die nunmehr sehen, wie furchbar sie belogen und betrogen wurden, sollen also noch weiter aufgehekt werden! Es wäre wirklich die allerhöchste Zeit, daß dieses Lügenblatt endlich ebenso gemäßregelt wird, wie der „Wanderer“ und die „Morgenpost“.

Gegen deutsche Lügen in der Währungsfrage.

Die katolische Presse eracht sich in Anbetracht Tatkraften die politische Autonomie der Ober- und Niederschlesien vom 12. März, daß dieses Gesetz überhaupt kein Gesetz, sondern bloß ein Programm oder ein Versprechen sei, das nach preussischer Art einfach nicht gehalten werden soll. Man kann sich nicht wundern, daß ein preussisches Blatt alle Gesetze und Verträge für wertlose Papierstücke ansieht. In Polen dagegen gilt dieser Grundsatz nicht. Das polnische Autonomiegesetz ist ein Gesetz, und ein Vertrag zugleich. Da es mit den ober- und niederschlesischen Partien seinem ganzen Inhalt nach vereinbart und ordnungsmäßig beschlossen und veröffentlicht wurde. Daselbe gilt vom polnischen Gesetz vom 18. Dezember 1920, womit der Artikel 10 dahin erweitert wird, daß die Abschaffung der deutschen Währung nicht mehr von einem Vertrag kommen des polnischen Kabinetts mit dem schlesischen Nationalrat, sondern von dem schlesischen Nationalrat, sondern von dem schlesischen Landtage allein abhängig gemacht wird. Der Einwand der „Ober- und Niederschlesien“ daß zwischen beiden Gesetzesarten d. i. dem Artikel 10 und dem erweiterten Gesetz ein Widerspruch vorliegt und daß deshalb keine von ihnen verbindlich ist, gemäß dem angeblich rechtlichen Grundsatz, daß widersprechende Gesetze eliminiert überlassen nicht gelten — beruht auf Unwissenheit und Verlogenheit des Artikelschreibers. Denn seit Jahrhunderten gilt in der ganzen Welt die römisch-rechtliche Regel „lex posterior derogat priori“ oder auf deutsch: „das spätere Gesetz hebt das frühere auf.“ Wie sollte man denn sonst bestehende Gesetze ändern können, da ja doch jedes neue Gesetz mit einem alten im Widerspruch stehen muß. Das Gesetz, vom 18. Dezember 1920, das dem schlesischen Landtage mehr Rechte verleiht, als das Autonomiegesetz hat daher Infamität das Gegenteil.

Das der Artikel von der Unmöglichkeit der Aufrechterhaltung der deutschen Währung in Schlesien behauptet, ist unrichtig, da es schlesische Wirtschaftsgüter mit 2 oder mehr Währungsarten schon gegeben hat. So z. B. der deutsche Zollverein in den Jahren 1833—1871, sowie Ostpreußen und Kongregation seit der Aufhebung der Zölle im Jahre 1850 bis 1885, als die polnische Währung samt der einen Notendbank noch bestanden wurde. Es gibt aber verschiedene Stufen der wirtschaftlichen Entwicklung eines Staates. Die erste ist die Zöllefreiheit, die zweite die Währungs- und Rechtseinheit, die dritte die Einheit der Finanzverwaltung, Steuern und Abgaben. Die Vereinigung Polens mit Oberschlesien muß nicht gleich die letzte Stufe erreichen und nicht die zweite, wie dies zahlreiche Beispiele der neuesten Wirtschaftsgeschichte beweisen.

Nichtsdestoweniger kann die deutsche Währung in Schlesien unter keinen Umständen beibehalten werden, da sofort für das Land eine eigene Notenbank unentbehrlich wird; die deutsche Reichsmark muß sich doch von Schlesien vollständig unterscheiden. Dadurch gewinnen aber die schlesischen Zahlungsmittel eine selbstständige Stellung, wodurch ihr Kurs sofort in die Höhe gehoben wird, da er von der bankrotten deutschen Mark nicht mehr beeinflusst werden wird. Es steht doch außer Zweifel, daß Oberschlesien auch heute schon eine aktive Zahlungsbilanz besitzt, die bei dem Kurse der deutschen Reichsmark, später aber jenem der schlesischen Währungseinheit zuzugute kommen muß.

Die Bedeutung Polens für die ober- und niederschlesische Ernährungsfrage.

Was fordert den Anschluß D.-S. an Polen? Neben blutwundlichen Banden und kultureller und religiöser in Sprache und Sitte ist offenkundig Gemeinschaft sind es in nicht zu unterschätzendem Maße wirtschaftliche Interessen, welche eine Vereinigung Oberschlesiens mit Polen gebieten fordern. Insbesondere ein Umstand muß für den Anschluß an Polen von ausschlaggebender Bedeutung sein: der ober- und niederschlesische Industriebezirk ist nicht im Stande, aus eigener

Die Zukunft der ober- und niederschlesischen Industrie in Polen und in Deutschland.

Fast genau vor zwei Jahren, am 18. März 1919, als noch von der Volksabstimmung keine Rede war, hat der ober- und niederschlesische Berg- und Hüttenmännische Verein in Katowitz, an die deutsche Regierung eine vom Geheimen Bergrat Dr. Willinger und Bergassessor Dr. Geisenheimer unterfertigte Eingabe gerichtet, in welcher nichts weiter als der Abschluß eines Zollvertrags mit Polen befürwortet wird. In der eingehenden Begründung werden die großen Vorteile einer solchen Vereinigung aufgezählt. Es wird ausgeführt, daß die ober- und niederschlesische Hüttenindustrie den freien Bezug polnischer Eisenerze aus den benachbarten Gruben nicht entbehren kann. Oberschlesien hat bisher mehr als zweidrittel seines jährlichen Erzbedarfes einführen müssen, wenn auch nicht alles aus Polen kam. Dagegen bezogen die ober- und niederschlesischen über 70 Prozent Grubenholz aus allen Teilen des heutigen polnischen Reiches. „Es ist gänzlich ausgeschlossen — sagt die Eingabe wörtlich — hierfür Ersatz aus deutschen Forsten zu finden, ohne diese Zufuhren aber wären die ober- und niederschlesischen Bergwerke nicht im Stande, ihre Förderung aufrecht zu erhalten.“ Unentbehrlich sind auch die übrigen Rohstoffe, Abfälle sowie Nahrungsmittel, besonders aber Schweinefleisch, das von der schwerarbeitenden Bevölkerung in großen Mengen konsumiert wird und aus dem Deutschen Reich schon vor dem Kriege nicht in genügenden Mengen geliefert wurde, als der deutsche Schweinebestand noch weit größer war.

Der dritte Grund, der einen Zollverein Deutschlands, also auch Oberschlesiens mit Polen erwünscht erscheinen ließ ist das polnische Absatzgebiet, das für Oberschlesien unentbehrlich ist. Man weiß ja, daß ober- und niederschlesische Erzeugnisse, hauptsächlich Kohle und Eisenerze schwere Güter sind, die einen Transport auf weite Entfernungen nicht vertragen, daß insbesondere die Kohle in Friedenszeiten nicht einmal bis Berlin vordringen konnte, daß Berlin und ganz Norddeutschland englische Kohle verwertete, weil diese auf dem Wasserwege ankam und deshalb billiger

waren als die ober- und niederschlesische. Oberschlesien kann daher seine Erzeugnisse in der Hauptache nur in den benachbarten Gebieten, das ist vor allem Polen, absetzen, wenn es konkurrenzfähig bleiben will. Dabei ist der Bedarf Polens an Industrieerzeugnissen aller Art fast unermesslich. Der Weg darauf, der im Kriege zerstörten Wirtschaftseinrichtungen, insbesondere der Verkehrsmittel, Fabriken und der Landwirtschaft, sind der ober- und niederschlesischen Industrie lohnende Beschäftigung auf Jahrzehnte hinaus.

Die Zukunft der ober- und niederschlesischen Industrie kann man aber erst dann genau ermessen, wenn man sich reuegemäßigt, was geschehen wird, wenn das Land bei Deutschland verbleibt. Was wird dann Polen tun? Es ist bekanntlich kein Agrarstaat. Man braucht nicht lange zu beweisen, daß ein Agrarstaat ohne eine hochentwickelte Industrie heutzutage weder seine finanziellen Lasten tragen, noch sich erfolgreich verteidigen, noch auch seine Bevölkerung vor Auswanderung schützen kann. Polen wird daher daselbe tun müssen, was alle anderen Agrarstaaten getan haben, es wird seine Industrialisierung mit allen Kräften und Mitteln fördern. Vor allem wird es natürlich auf die Entwicklung des Kohlenbergbaues und der Eisenindustrie bedacht sein. Und es besteht dazu alle Verhältnisse. Das polnische Kohlengebiet ist bekanntlich so groß (2.837 qkm.) als das ober- und niederschlesische (2800 qkm.). Die polnische Regierung hat die Errichtung von Kohlengruben bereits vorbereitet und wird deren Ausbeutung schieber fortsetzen, wenn Oberschlesien außerhalb seiner Grenzen verbleiben sollte, um einen Kohlenbezug vom Auslande möglichst bald unabhängig zu machen. Dann aber wird es gegen das polnische Interesse sein, die Ausfuhr von Grubenholz nach Oberschlesien zuzulassen, im Gegenteil man wird sie durch Ausfuhrverbote und Tarifmaßnahmen zu verhindern suchen. Das gleiche gilt auch von der Ausfuhr der Eisenerze und sonstiger Rohstoffe die für Oberschlesien unentbehrlich sind. Man sieht leicht ein, daß ein deutsches Oberschlesien nicht als Freund sondern als Feind und Hindernis der polnischen Industrialisierung betrachtet werden wird.

Selbstverständlich werden die Maßnahmen der polnischen Regierung gegen die ober- und niederschlesische Industrie nicht auf die Rohstofffrage beschränkt bleiben. Sie werden sich ebenso gegen die Einfuhr ihrer Erzeugnisse richten. Dafür wird schon die pol-

Die Warenversorgung in einem polnischen Oberschlesien.

Ein Artikel der „Kattowitzer Zeitung“ vom 13. März behauptet, daß die polnische Industrie über die Halbzugsfahrtafession nicht hinausgegangen ist und schließt daraus, daß der Anschluß Oberschlesiens, das Verkehrsnetz nicht herstellt, der Bedarf an demselben noch kleiner und deren Preis weit in die Höhe treiben wird. Dies wird umso mehr der Fall sein, als Oberschlesien die wertvolle polnische Währung erhalten und auch deutsche Waren nicht kaufen können. Große ober- und niederschlesische Werke werden dann dem Stillstande ausgeliefert sein, weil sie die nötigen Maschinen entbehren werden, die unermessliche Folge soll dann massenhafte Arbeitslosigkeit sein mit allem, was daran hängt.

liger war als die ober- und niederschlesische. Oberschlesien kann daher seine Erzeugnisse in der Hauptache nur in den benachbarten Gebieten, das ist vor allem Polen, absetzen, wenn es konkurrenzfähig bleiben will. Dabei ist der Bedarf Polens an Industrieerzeugnissen aller Art fast unermesslich. Der Weg darauf, der im Kriege zerstörten Wirtschaftseinrichtungen, insbesondere der Verkehrsmittel, Fabriken und der Landwirtschaft, sind der ober- und niederschlesischen Industrie lohnende Beschäftigung auf Jahrzehnte hinaus.

Die Zukunft der ober- und niederschlesischen Industrie kann man aber erst dann genau ermessen, wenn man sich reuegemäßigt, was geschehen wird, wenn das Land bei Deutschland verbleibt. Was wird dann Polen tun? Es ist bekanntlich kein Agrarstaat. Man braucht nicht lange zu beweisen, daß ein Agrarstaat ohne eine hochentwickelte Industrie heutzutage weder seine finanziellen Lasten tragen, noch sich erfolgreich verteidigen, noch auch seine Bevölkerung vor Auswanderung schützen kann. Polen wird daher daselbe tun müssen, was alle anderen Agrarstaaten getan haben, es wird seine Industrialisierung mit allen Kräften und Mitteln fördern. Vor allem wird es natürlich auf die Entwicklung des Kohlenbergbaues und der Eisenindustrie bedacht sein. Und es besteht dazu alle Verhältnisse. Das polnische Kohlengebiet ist bekanntlich so groß (2.837 qkm.) als das ober- und niederschlesische (2800 qkm.). Die polnische Regierung hat die Errichtung von Kohlengruben bereits vorbereitet und wird deren Ausbeutung schieber fortsetzen, wenn Oberschlesien außerhalb seiner Grenzen verbleiben sollte, um einen Kohlenbezug vom Auslande möglichst bald unabhängig zu machen. Dann aber wird es gegen das polnische Interesse sein, die Ausfuhr von Grubenholz nach Oberschlesien zuzulassen, im Gegenteil man wird sie durch Ausfuhrverbote und Tarifmaßnahmen zu verhindern suchen. Das gleiche gilt auch von der Ausfuhr der Eisenerze und sonstiger Rohstoffe die für Oberschlesien unentbehrlich sind. Man sieht leicht ein, daß ein deutsches Oberschlesien nicht als Freund sondern als Feind und Hindernis der polnischen Industrialisierung betrachtet werden wird.

Selbstverständlich werden die Maßnahmen der polnischen Regierung gegen die ober- und niederschlesische Industrie nicht auf die Rohstofffrage beschränkt bleiben. Sie werden sich ebenso gegen die Einfuhr ihrer Erzeugnisse richten. Dafür wird schon die pol-

Die bestmögliche Variante des Artikelschreibers wohl natürlich nichts von der polnischen Industrie, die von seinen preussischen Landsleuten ihrer Maschinen und sonstiger wichtiger Produktionsmittel während der Okkupation beraubt wurde, er weiß auch nichts davon, daß die Wofemobilfabrik Schlesien eine eigene Währung erhalten wird, die bei der gewöhnlichen Zahlungsbilanz des Landes bald einen sehr hohen Kurs erreichen muß. Der Oberschlesier wird daher in der Lage sein, alle ausländischen, also auch die deutschen Waren ebenso billig zu beziehen, als dies heute die Amerikaner, Holländer, oder Schweden tun können. Dies wird umso mehr der Fall sein, als die Einführung einer selbstständigen schlesischen Währung nach der Abstimmung des Landes von Deutschland ausgeschlossen erscheint. Da nämlich die deutsche Reichsbank den ober- und niederschlesischen Geldmarkt nicht mehr bedienen kann, und eine eigene schlesische Notenbank gegründet werden muß, so folgt daraus, eine neue Währungseinheit, die bessere Wege gehen wird, wenn man ihr auch den alten Namen beibehalten möchte.

Der „Kattowitzer“ vom 13. März kann wieder von der polnischen Verlesung nicht loskommen, von der er eine große Gefahr für die ober- und niederschlesischen Besitzer deutscher Geldzeichen befürchtet. Der Verfasser hat offenbar den Artikel 10 der polnischen Autonomiegesetze nicht zu sehen bekommen, der ausdrücklich bestimmt, daß die deutschen Geldzeichen nicht zwangsweise eingezogen werden dürfen. Auch weiß er nicht vom polnischen Gesetz vom 18. Dezember 1920 das überhaupt die schlesische Währungsfrage dem schlesischen Landtage allein überläßt. Ein vertrauensmäßig zustandekommenes Gesetz, wie es das polnische Autonomiegesetz ist, kann von einem anders erlassenen Gesetz noch weniger aber von einer Ministerialverordnung — wie es die polnische Verlesung ist, weder aufgehoben noch abgeändert werden.

Politische Beeinflussung der Paritätischen Ausschüsse durch Landräte.

Der Landrat von Tost-Gleiwitz hat am 4. März 1921 unter Nr. 313 eine Verlesung an die Paritätischen Ausschüsse des Kreises erlassen. Darin bringt er ihnen gewisse Mahnungen des Kreisverwalters zur Kenntnis. Die Verlesung ist lediglich in deutscher Sprache abgefaßt.

Der Landrat ist Verwaltungsbehörde, er gehört zu den politischen Beamten und hat deswegen die Interessen der preussischen Bevölkerung wahrzunehmen. Aus diesem Grunde sollten auch die Landräte gemäß Paragraph 3 des Artikels zu Artikel 88 des Friedensvertrages aus dem Abstimmungsgebiet entfernt werden. Das ist nicht geschehen, aus Gründen, die uns wohl bekannt sind. Wir werden dafür zur passenden Gelegenheit und am geeigneten Ort die Gegengründe präzisieren. Hier wollen wir nur festhalten, daß daraus der deutschen Sache in der Plebiszitfrage bedeutende Vorteile erwachsen sind.

Der Paritätische Ausschuss ist eine Plebiszitbehörde, muß als neutral sein. Er unterliegt deshalb dem Interdikt des Kreisverwalters, und es dürfen deshalb in ihm Beamte noch nicht einmal als Mitglieder fungieren. Es sitzen darin Polen, die als solche und auf Grund der Gleichberechtigung der beiden Sprachen Anspruch auf polnische Korrespondenz haben, und das umso mehr, als bei Weitem nicht alle des Deutschen hinreichend mächtig sind.

Wenn also nicht der Privatmann, sondern der Landrat in seiner amtlichen Eigenschaft an die paritätischen Ausschüsse Verlesungen in Form von Mitteilungen erläßt, und zwar lediglich in deutscher Sprache, so wird damit das Wesen der Paritätischen Ausschüsse und ihr Verhältnis zu den plebiszitischen politischen Behörden auf den Kopf gestellt. Nicht nur, daß ein politischer Beamter Plebiszitaufgaben erledigt, und zwar in sprachlich unzulänglicher Form, sondern er legt sich den Charakter einer Zentralfstelle, also eines Vorgesetzten der Paritätischen Ausschüsse des Kreises bei.

Das ist nicht nur ein großer Verstoß, gegen das Abstimmungsreglement, sondern auch gegen das Strafgesetzbuch als Annahme von Amtsgewalt. Eine etwaige Ermächtigung durch den Kreisverwalter hebt als gegen das Reglement verstößend und daher ungesetzlich den Dolus nicht auf. Eine etwaige Unkenntnis des Gesetzes (Reglements) ist bekanntlich

nische Konkurrenz sorgen. Man weiß ja, daß die langgehe polnische Eisenindustrie vielfach ihre zerstörten Werke nicht wiederaufbaut, sondern das Ergebnis der Abstimmung abwartet. Die Eisenwerke wollen nämlich wissen, ob sie die ober- und niederschlesische Konkurrenz innerhalb oder außerhalb der Zollgrenzen haben werden. Wenn nun das Land deutsch bleiben sollte, so werden alle diese Werke wieder hergestellt und neue errichtet werden, und man kann aus dem jetzt geltenden polnischen Zolltarif entnehmen, welchen Zollfuß ihre Erzeugnisse genießen werden. Dieser Tarif ist eine getreue Nachbildung des russischen vom Jahre 1904. Obwohl er sich durch seine Exorbitanz auszeichnet, hat man schon einen Zuschlag von 1900 Prozent eingeführt. Die Aufrechterhaltung dieser Zolltarife kann als gesichert angesehen werden, weil im polnischen Industrieverein in Warschau die Kongregationspolnischen Unternehmer eine überwiegende Mehrheit besitzen und eben sie an russische Schutzrechte gewöhnt sind. Mit der Zeit, als die polnische Industrie unter diesem Schutz erstarbt, kann man Polen als regelmäßiges Absatzgebiet für Oberschlesien gar nicht mehr ansehen. Wenn man noch die fürchtbare Befragung der ober- und niederschlesischen Ausfuhrwaren mit den zahllosen deutschen Steuern, die doch bald einbezogen und einbezogen werden müssen außerdem aber den 12-prozentigen Ausfuhrzoll in Betracht zieht, dann entsteht die laienvolle Frage, wo Oberschlesien für seine Erzeugnisse überhaupt Käufer findet. Doch nicht in der Tschechoslowakei wo die Industrie schon heute nach fremden Absatzgebieten Umhau hält, wohl auch nicht im entlegenen Rußland, wohin Abtrags der Weg über Polen führt, auch kaum im Deutschen Reich selbst. Wenn die angeführte Eingabe die aus Polen bezogenen Grubenholzer für unerlässlich hält, so gilt das in um so höherem Maße vom polnischen Absatzgebiet. Die Zukunftsaussichten der außerhalb Polens verbleibenden ober- und niederschlesischen Industrie sind daher in jeder Beziehung so düster, daß ihre einzige Rettung im Anschluß an diesen Staat besteht. Der Kattowitzer Berg- und Hüttenmännische Verein hat daher genau gewußt, warum er einen Zollverein Deutschlands, also auch Oberschlesiens, mit Polen befürwortete. Die Zukunft wird lehren, daß er recht behält.

Aichbeamtenkursus für Oberschlesier.

Auf Veranlassung des Polnischen Plebiszit-Kommissariats soll in aller nächster Zeit im Haupt-Aichamte in Posen ein

3 monatlicher Kursus

zur Heranbildung polnischer Aichbeamten

eingerrichtet werden, an welchen aus einer Anzahl von Kandidaten aus Oberschlesien teilnehmen soll.

Die Teilnehmer am Kursus erhalten eine Unterstützung von 9000,— poln. Mark, zahlbar in 3 monatlichen Raten. Ein solcher mit Erfolg absolvierter Kursus gibt dem Kandidaten bei der Berufung bzw. Ernennung neuer Aichbeamten in Oberschlesien den Vorzug.

Die Aufnahme zum Kursus erfolgt unter nachstehenden Bedingungen:

- 1.) Zum mindestens mit Erfolg besendete Volksschule oder eine entsprechende Bildungsanstalt.
- 2.) Praktische Ausbildung im Schlosserhandwerk als Mechaniker oder Maschinenbauer.
- 3.) Den Vorzug erhalten von den Kandidaten zu 2) diejenigen, welche eine Maschinenbauschule mit Erfolg absolviert haben.
- 4.) Der Kandidat muss den Nachweis irgend einer mindestens zweijährigen Praxis erbringen, welche Gewähr dafür bietet, dass der Kandidat die technische Seite seines zukünftigen Berufes erfassen und beherrschen wird und auch im Stande sein wird, die in dem Rahmen seiner zukünftigen Stellung fallenden Gesetze und Instruktionen anzuwenden, ferner muss er im Stande sein amtliche Korrespondenz und Berechnungen zu erledigen.
- 5.) Das am entsprechendste Alter für die Kurssteilnehmer sind mehr oder weniger 30 Jahre.

Die Kandidaten haben spätestens bis zum 31. März d. J. selbstgeschriebene Gesuche und Lebenslauf entweder persönlich oder mit Einschreibbrief an das Polnische Plebiszit-Kommissariat Abt. für Industrie und Handel Zimmer 19 im Hotel Lomnitz, Beuthen O.-S. einzureichen.

Dem Gesuch sind beizufügen:

- 1.) Lebenslauf mit genauer Angabe der Adresse, Datum und Ort der Geburt, Beruf oder Art der Beschäftigung, Stand und Angabe des Wohnortes der Eltern, genaue Angabe über erhaltene Vorbildung und Militärverhältnisse.
- 2.) Schulzeugnisse im Original oder beglaubigter Abschrift, amtliches Führungszeugnis und ärztliches Gutachten über den Gesundheitszustand.
- 3.) Schriftliche Verpflichtung zu einem mindestens 3-jährigen Dienst im Aichamte nach Absolvierung des Kursus.

Infolge beschränkter Anzahl der einzustellenden Kandidaten haben die besser qualifizierten den Vorzug. In den ersten Tagen des Monats April erhalten die Kandidaten Bescheid über ihre Aufnahme und diesbezgl. weitere Informationen.

Beuthen, den 15. März 1921.

Polnisches Plebiszit-Kommissariat

Abtg. für Industrie und Handel

gez. Dipl. Ing. Józef Kiedroń.

Lichtbild-Theater Rybnik.

Altes Kino. Neuer Ring. Altes Kino.

Dienstag, den 22., bis Donnerstag, den 24. März 1921.

Die Teufels-Anbeter.

Nach dem gleichnam. Roman „Durch die Wüste“ und „Durchs wilde Kurdistan“. Reiseerzählung von KARL-MAY in 6 Akten.

Hierauf das schöne 3-akt. Karibien-Lustspiel: **Leute ohne Kinder**

J. STEINITZ

Inhaber: J. Plechowki

GLEIWITZ, Bahnhofstr. 2

Warenhandlung

empfiehlt zu unerschwinglichen Preisen

Haus- und Küchengeräte, Werkzeuge für Schmiede und Schlosser, Tischler u. sämtliche Handwerker, Dachpappe, Teer, Nägel, Tür- und Fensterbeschläge, sämtliche Bau-Artikel en gros und en detail.

Tel. 1159. Postscheckkonto 16012.

BANK LUDOWY

in Zabrze, Kronprinzstr.

nimmt **Depositen** an zu 4, 3% und 2% je nach Kündigung

erteilt **Darlehen**,

erledigt

sämtliche **Bank-Geschäfte**

Bürozeiten von 9 bis 1 Uhr vorm.

In der Nacht vom 19. auf 20. März verschied durch die Kugel eines deutschen Beamten der **Präsident des Plebiszit-Komitees und der Gemeindevorsteher von Klokotschin**

Josef Gonsior

Der Verstorbene war ein eifriger Patriot, Kämpfer des oberschlesischen Volkes,

Ehre seinem Andenken!

Das Polnische Plebiszit-Komitee.
Baldyk.

Der Tag der Beerdigung wird später bekannt gegeben.

Górnosłaski

Bank Handlowy

Filiale RYBNIK, am Ring

Tel. Nr. 35. (im Hause des Herrn Kaufmänn. Tel. Nr. 36.)

An- und Verkauf von Wertpapieren sowie fremder Geldsorten

Annahme von Depositengeldern und Kreditgewährung

Aufbewahrung v. Wertgegenständen

Diskontierung von Wechseln

Erledigung sämtlicher sonstiger Bankgeschäfte

Drucksachen

aller Art liefert sofort

M. Swiastowski,

Gleiwitz O.-S. — Hederrwaßstr. 6.

Tow. Arc. Zajądów przemysłowo-budowlanych Fr. Marjans & Ad. Doeb. Warszawa,

Waffen- und Munitionsfabrik

und sucht per sofort

Maurer, Zimmerleute, Arbeiter, Schmiede, Bau-tischler u. Schlosser, sow. Betonarbeiter und Einsdäler.

Wohnung in neuen, saub. Baracken, eigne Küche, Bäckerei, Fleischeri, Bade-Anstalt.

Ausser guter, reichlicher und gesunder Kost zahlt man:

Maurern, für 8-stünd. Arbeitszeit	284 Mkp.
Zimmerleute, Einsdäler und Betonarbeiter	209 ..
Arbeiter	115 ..
Schmiede	241 ..
Bauschlosser	331 ..
Bautischler	241 ..
Maurer- u. Zimmerpollere	353 ..

Offerten zu richten an „Biuro budowy fabryki broni i amunicji w Sterchowicki, poczta Wierzbnik.

Zu verk. Damenwäsche u. Kleider. Zu besichtigen am 24. 3. v. 1-6 Uhr im Zigaretengeschäft Steinf. Kronprinzstr. 2a. Baumarkt.

Blenfong-Essenz

alkoholhaltige Ware pr. Dtz. M. 18.00 Nachh. exkl. Verpackung u. Porto, sowie alle and. Thüring. Hausm. Verl. Sie gratis Preisliste. Otto Ramm, chem.-pharm. Präpar., Penig Sa.

Sämtl. Anzeigen

finden in unserem Organ durch seine hohe Abonnentenzahl die weiteste Verbreitung.